

Kieferer Tagblatt

Geheimschreiber
Königlich Preuß.
General Rz. 20.
Weltkrieg Rz. 52.

Das Rieser Tagblatt ist das gut Veröffentlichte der amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtsverwaltung
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen Behördlicherseits bestimmte Blatt.

Befürdert von:
Dresden 1880.
G. Kasten
Riesa Nr. 52.

K 4

Сонненчн. 5. Зима 1929. обрата

82. Jahrg.

Das Röhrer Logistik erzielte schon Tag, ebenso 1,6 Mio. mit Einzelhandel bei Eisen- und Stahlwaren, Wagnispersonal, gegen Sonderabrechnung, für einen Monat 2 Markt 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Hafen hat Eisenhandel von Beschaffungsvereinbarungen, Schätzungen des Zolls und Materialienpreis bestimmt wir uns das Recht der Preisabschöpfung und Nachförderung vor. Einzelhandel bis 20 mm Blech, 1 mm hohe Weißblechdose (6 Gilde) 10 Gold-Pfennige; bis 20 mm breite Wellenblech 100 Gold-Pfennige; preiswerten und billigeren Gas 50%, Kutschung. Beste Tarife, Schätzungen an der Gile". — Zur Galle höherer Gewalt — Krieg aber leichter ingenieurlicher Erörterungen des Betriebes der Dampfer, der Befreier aus der Seeförderungsseinrichtungen — hat der Bevölkerung einsturz auf Sicherung oder Nachförderung der Zeitung über auf Schätzungen des Wagnispersonals, Materialienaufwand und Verlust: Danner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Sunrise Golden.

In seiner Newjahrsbotschaft verkündete der Führer der Deutschen Nationalen, Scheinrat Eugenberg, man müsse täglich mit dem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen rechnen. Aus welchen Erwägungen heraus Eugenberg zu dieser Aussicht gekommen ist, weiß man nicht. Bedenfalls müßt er die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen hat, in schwärmestem Lichte sehen. Schwierigkeiten sind vorhanden. Aber für den, der die Dinge sieht, wie sie wirklich sind, scheint es doch, als ob sie sich überwinden lassen, zumal in der Regierung der einheitliche Wille vorhanden ist, die Differenzen zu beseitigen und die Probleme, die Kopfsteine machen, friedlich zu lösen. Und zwar muß sehr bald an eine Vereinigung der unsicheren Momente gegangen werden. Zunächst sind es zwei Dinge, die sich in den Vordergrund drängen: Die Koalitionsfrage und die Staatsfrage.

brängen: Die Koalitionsfrage und die Staatsfrage.
Die große Koalition braucht die Regierung nicht nur, um die Aufgabe im Innern ungestört zu erfüllen, sondern auch, um die in Aussicht stehenden Reparationsverhandlungen mit Deckung und demnach Zustimmung einer Mehrheit des Reichstages zu führen. Die Entwicklung wird folgendermaßen gestalten: Haben die Sachverständigen gesprochen, so wird die Reparationskommission die direkten Verhandlungen mit Deutschland aufnehmen. Es ist auch möglich, daß an die Stelle der Reparationskommission die Regierungen der Reparationsmächte treten. Jedenfalls wird ein Beteiligter an diesen Verhandlungen die Berliner Regierung sein, die ohne Parlament, aus eigener Machtvolkommenheit die Beschlüsse auftun hat. Hat sie keine Mehrheit hinter sich, so wird sie sich stets in ihren Entschlüsseungen gebremst sehen; was zu einem großen Schaden führen müßte. Nicht ohne Grund hat Stresemann schon in den Novembertagen auf die Bildung der großen Koalition gedrängt und sich zur politischen Aussprache nur entschlossen, weil er einsah, daß noch zu viele Schwierigkeiten überwunden werden müßten. Er ist der Auffassung, ein Außenminister müsse der festen Überzeugung sein, alle seine Handlungen läuden die Zustimmung einer geschlossenen Palanz und unterlägen nicht einer Kritik, die zu einer Desavouierung führen könnte. Wenn er sich trotzdem für das parlamentarische System, — in Artikeln, die zu Neujahr in einigen Zeitungen standen — eingesetzt hat, so muß er eben des Glaubens sein, daß die große Koalition nur eine Frage der Zeit sei, jetzt aber schon die deutsche Außenpolitik von einer Mehrheit gesichert werde, die jede Handlung anerkenne.

Es ist in Deutschland immer schwer gewesen, eine Reichstagsmehrheit zusammenzuschließen, denn alle Koalitionsverhandlungen litten unter den Forderungen kleinlicher Parteiwünscche. Würden die großen schwedenden Fragen, also zum Beispiel die Außenpolitik das Programm bestimmen, auf daß eine Bindung erfolgen sollte, so wäre es sicherlich nicht schwer, die Koalition zu finden. Parteiwünsche müßten späteren Verhandlungen vorbehalten werden. Wenn Künliche nach dieser Richtung gemacht wurden, kam es doch zuweist anders, weil immer von einer Seite die Bedingung nach der Zustimmung zu einer prinzipiellen Frage verlangt wurde. Und aus dieser Beratung sich Weiterungen ergaben in einer Ausdehnung derart, daß man schließlich das Arbeitsprogramm für ein ganzes Jahr vorher festzulegen verachtete. Auch jetzt wäre die große Koalition lange schon gefüht, lange schon würde sie unsere Politik beeinflussen und studieren, wenn nicht aus anfänglichen kleinen Parteiprinzipien die Notwendigkeit erwachsen wäre, den Staat durcharbeiten, die Steuern zu finden und damit die Wehrkraft, die von vornherein den Abschlag bei den offiziellen Versammlungen geben hatte. Bisher geführte Verhandlungen ergaben jedoch, daß man nicht einmal bei den notwendigen Steuererhöhungen verblieb, sondern das Programm sofort weiter zog und sich fragte, ob man nicht über den Staat hinaus disponieren und eine einheitliche Einstellung suchen sollte. Ein Vorschlag folgte dem anderen, eine Forderung löste die andere ab, ein Wunsch zog weitere nach sich. Und das Ergebnis war, daß die große Koalition nicht zu Stahl kam, die Vorlage des Staats unterblieb, Verhandlungen zu hören waren. Man sieht auch heute noch mit der Frage, wie eine Lösung gefunden werden soll. Über Augenberg bleibt doch im Unrechte, wenn er aus einer solchen Situation eine Krise kommen sieht. Das ist eben der deutsche Parteidokt, der ärgert und wütet und den Entschluß hindert, die Krise aber nicht möchte, vor ihr zurückztreten, in der Rot, im letzten Augenblick dann das tut, was er lange schon hätte tun müssen.

Stunzle bereitet sich der Einzug vor, der Begangen werden muß, irgendwo und von jemand angezeigt, der Staat besch. Die Regierung will nicht länger auf die große Koalition warten. Sie will von Anfang aus entscheiden, mit welchen Steuererleichterungen der Staat verbunden werden soll. Sie will Getränkesteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer erhöhen und es den Regierungsparteien überlassen, sich später mit diesen Vorschlägen auseinander zu sehen. Selbstverständlich werden mit der Bayerischen Volkspartei, die sich gegen die Erhöhung der Biersteuer stemmt, Verhandlungen eingelogen werden, mit dem Zentrum, um es für die Erbschaftsteuer bereit zu finden, mit der Deutschen Volkspartei, um ihren Widerstand gegen die Vermögenssteuer-Erhöhung zu brechen. Wie diese Verhandlungen auch auslaufen, die Regierung muß den Staat und die Vorschläge des drängenden Finanzministers unterstreichen und damit den Ideawellen, den die Parteien zu geben haben. Entscheiden diese sich, zwischen Regierungsbefehl und Einbringung des Staats, die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen und von allen getragene Abänderungsvorstellungen zu modifizieren, so ist es

Die Arbeiten des Böllerbundes im Januar.

1) Genf. In der von der Informationsabteilung des
Völkerbundes Sekretariats veröffentlichten Broschüre über die
Arbeiten des Völkerbundes im Januar nehmen die Wirt-
schaftsfragen einen breiten Raum ein. Von sechs Tagungen
gelten drei den Wirtschaftsproblemen, darunter der Aus-
arbeitung eines einheitlichen Bergzollungsverzeichnisses, fer-
ner einer ersten technischen und wirtschaftlichen Beratung von
einf Bergbausachlenten über die Möglichkeiten einer inter-
nationalen Aktion zur Lösung der Kohlenkrise, die fura
darauf auch vom Wirtschaftskomitee selbst behandelt werden
wird.

Ueber die Tätigkeit der Kohlenfachverbänden, die aus Belgien, Deutschland (Generaldirektor Dr. Silverberg), England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei bestellt worden sind und unter dem Vorst^h einer Abordnung des Wirtschaftskomitees, darunter seines neuen Präsidenten Staatssekretär Dr. Trenckenburg, am 8. Januar ihre Arbeiten aufnehmen, heißt es in der erwähnten Vorschau:

Der Beginn der Untersuchungen über das Kohlenproblem durch den Völkerbund erfolgte auf Anregung des Beratungskomitees für Wirtschaftsfragen, das auf der letzten Tagung im Mai 1928 der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes nahe gelegt hatte, in Unbetracht der ernsten Lage, in der sich der Bergbau in einigen Ländern befindet, im Interesse sowohl des Bergbaus als auch der Verbraucherkreise auf Grund eingehender Untersuchungen festzustellen, ob durch planmäßige internationale Maßnahmen die Lösung der Kohlenkrise erleichtert werden kann. Diese Anregung war dem Völkerbundsrat vorgelegt worden, der das Wirtschaftskomitee mit ihrer allmäßlichen Durchführung beauftragte. Im September 1928 wurde dann das Wirtschaftskomitee dazu aufgefordert, die fraglichen Untersuchungen mit den nötigen Tatsachen fortzuführen und dabei alle beteiligten Interessen, und zwar sowohl die der Länder und einzelnen Personen, die Bergbau betreiben oder Kohle verbrauchen, als auch die der Arbeiter geführend zu berücksichtigen.

gut, kommt die große Koalition nicht zwischen Tüt und Angel zu stande, werden die Regierungsparteien vor die Frage gestellt, die Regierungsvorlagen anzunehmen oder abzulehnen, so ist noch lange nicht gesagt, daß eine Krise die Folge sein wird. Vielleicht finden sie sich dann leichter an einem Tisch, vielleicht gelingt es unter einem gelindenden Zwang, sie für Steuererhöhungen "zu bewegen, die sie sonst feindselig verhindert hätten. Und ist der Staat sodann eine beschlossene Sache, bleiben wahrscheinlich nur die großen Probleme zur Diskussion und lassen die Weichheitsabstimmung leichter erledigen, wie es jetzt der Fall ist. Im übrigen ist anzunehmen, daß die Regierungsmitglieder in enger Führung mit ihren Parteien bei den Staatsverhandlungen den Standpunkt ihrer Parteien versiechten und es innerhalb der Regierung zu einer Vereinigung kommt, mit der auch die Parteien, die ihre Minister doch auf alle Fälle deponieren müssen, zufrieden sein können. Man könnte so gewissermaßen von Koalitionsverhandlungen in der Regierung sprechen. Die Verschiebung der Koalitionsverhandlungen in die Regierung ist freilich Schuld der Führer der Regierungsparteien, die selbst am besten in der Öffentlichkeit ihr Bestes über die anderen Parteien beklagen und dafür eintreten, Koalitionsbindungen nur unter großen Gesichtspunkten zu führen, selbst aber, wenn die Verhandlungen im Gange sind, im eigenen Interesse, die großen Züge mit kleinen Parteigewinnen verhindern.

Auf Grund dieser Arbeiten sollen dem Völkerbundsrat zu gegebener Zeit die erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden, damit er feststellen kann, ob und gegebenenfalls welche internationalen Maßnahmen auf diesem Gebiete möglich und zweckmäßig erscheinen. Die Sachverständigen sollen vor allem prüfen: 1. die Beziehungen zwischen dem Bergbau und der übrigen Energiewirtschaft im allgemeinen; 2. die Frage, ob das Misverhältnis zwischen Förderung und Nachfrage auf Ursachen ständiger oder vorübergehender Art zurückzuführen ist; 3. die Wirkung staatlicher Eingriffe auf die Kohlenförderung, den Kohlentausch und die Kohlenverteilung und 4. die Wirkung der Preispolitik auf die Entwicklung des Kohlenverbrauchs und Kohlenverkaufs.

Das Wirtschaftskomitee, das am 14. Januar zusammentritt, wird auf Grund dieser ersten Beratungen das bei der Untersuchung des Rohrenproblems in Zukunft einzuschlagende Verfahren bestimmen. Werner wird es von den beiden Seiten teilen, mit dem Industrieproblem besonders vertrautes Statistiker, darunter auch eines Deutschen, Kenntnis nehmen. Außerdem stehen auf seiner Tagesordnung verschiedene, mit der Formulierung und Anwendung der Meistbegünstigungs-Klausel zusammenhängende Fragen, sodann die Aufarbeitung oder Herauslösung der Solidarität für Aluminium (deutsche Initiative) und für Cement (österreichische Initiative) und die abschließenden Arbeiten für die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Abschluß eines Abkommenes über die Behandlung der Ausländer und der ausländischen Unternehmungen, dessen Entwurf von der Mehrzahl der Biegungen in günstigem Sinne beantwortet wurde. Schließlich sollen nach der Tagesordnung des Wirtschaftskomitees die Arbeiten über Industrieabkommen und die einschlägige Kartellgesetzgebung, ferner über Alkoholschmuggel und über die Bekämpfung der verschiedenen Formen des neuerdings vermehrten Maße aufstrebenden administrativen Protektionismus in Angriff genommen, beim fortgesetzten werden.

genommen und sich kostspielig aber doch zu unbotmäßig nach eigenem Verstele in den Besitz deutscher Bodens gesetzt. Der italienische Botschafter hat nun dem Reichsausßenminister einen Besuch gemacht und wie wir hören, diese Falschmeldungen zur Sprache gebracht. Er hat einmal die Meldungen wegen der Etsch-Angelegenheit richtig gestellt, sodann aber auch Italiens Verhältnisse zu Frankreich klagiert und seine Bewunderung ausgesprochen, daß in der deutschen Presse der ehrliche Wille Italiens zu einer engeren Verbindung begleitelt werde.

Wie oben weiter, das gleichzeitig die in Zugangs angekündigten Fragen wieder erörtert wurden und von dem italienischen Vertreter wiederum mit Nachdruck der Wunsch nach einer Verbesserung der deutsch-italienischen Wirtschaftsverbindung gefordert wurde. jedenfalls wird diese neue Anregung zur Folge haben, daß Verhandlungen angebahnt werden, die das bisherige deutsch-italienische Handelsabkommen weiter ausbauen und verbessern. Die treibende Kraft ist Italien, das handelspolitisch immer mehr zu Deutschland strebt, da tatsächlich Deutschland einer der stärksten Käufer eines italienischen Exports ist.

Rangordnung der modernen Rechtsgegenstände und den Schutz der Zivilbevölkerung

X Frankfurt a. M. Die von der Internationalen
Festnahme für Freiheit und Freiheit nach Frankfurt
z. M. einberuene internationale Konferenz über die
modernen Kriegsmethoden und den Schutz der Zivilbevölkerung
wurde gestern mit einer Begrüßungsansprache der Vor-
sitzenden der Ortsgruppe Frankfurt a. M., Frau Thea
Wolff, eröffnet. Nachdem Bürgermeister Graef namentlich der
Stadt den Kongress willkommen geheißen und ihm einen
guten Erfolg gewünscht hatte, gab Frau Anna Sadlbom-
Stockholm, die Vorsitzende des internationalen Organisations-
komitees, einen kurzen Überblick über die Gründe, die die
Beratung zur Einberufung der Konferenz gegeben
hatten, nämlich die außerordentliche Annahme der Fabrikation
von Giftgasen und die Tatsache, daß nur verschwindend
wenige Regierungen das Giftgasabkommen des Völkerbundes
ratifiziert haben. Die eigentliche Vortragsreihe über den
Charakter des modernen Krieges eröffnete Professor Dr. L.
Lewin-Deutschland, der über das Thema „Vergiftungsgeabe
und Giftgas“ sprach. Zu der Tagung sind Delegierte aus
zahlreichen Ländern eingetroffen. Außergewöhnlich groß ist
die Zahl der eingelausenen Begrüßungstelegramme.

Die deutschen Gedächtnissdielen.

qu. Berlin. Die Meldungen, daß die deutschen Gesandten für die Reparationsverhandlungen bereits ernannt seien, bestätigen sich, wie wir hören, nicht. Die Ernennung wird erst in der Kabinettssitzung erfolgen, die Mitte Januar zusammentritt. Doch nimmt man an, daß die genannten Namen bei der offiziellen Ernennung wiederkehren werden.

Sternburg-Bier verlangt unbedingt, wer im Prinzip aus Gutes trinkt.